



Wir widersetzen uns der Normalisierung der extremen Rechten!

Die Entwicklung gesellschaftlicher Debatten in Deutschland spitzt sich in den letzten Jahren zu. Die zunehmende Macht rassistischer, sexistischer, nationalistischer und menschenfeindlicher Positionen schockiert uns. Die Christliche Arbeiterjugend setzt sich seit ihrer Gründung für eine Welt ein, in der alle Menschen in Würde leben können. Unsere Solidarität hört nicht an Grenzen auf. Wir organisieren uns solidarisch mit Menschen über alle Spaltungen hinweg, die uns beispielsweise Rassismus, Sexismus und Kapitalismus nahelegen.

Wir nehmen wahr, dass Rassist*innen, Sexist*innen, Homophobe und Nationalist*innen ausgefeilte Strategien entwickelt haben, um ihren Positionen zu Wirksamkeit zu verhelfen. In diesen Strategien nehmen öffentliche Diskurse, die Medienlandschaft und die parlamentarische Demokratie eine besondere Funktion ein. Es geht ihnen um Metapolitik und kulturelle Hegemonie, das heißt: Sie wollen mit ihren Ideen die Diskurse weiter nach rechts verschieben und über Stimmungsmache Einfluss auf die parlamentarische Politik gewinnen. Sie arbeiten darauf hin, dass extrem rechte Ansichten zum konservativen Mainstream außerhalb der Parlamente werden, im sogenannten vopolitischen Raum, wird, um damit Druck auszuüben, noch bevor sie parteipolitisch eine Machtposition erlangt haben.¹ In dieser Strategie stellt die Partei Alternative für Deutschland (AfD) ein zentrales Instrument der extremen Rechten dar. Sie übernimmt im Gefüge extrem rechter Mobilisierung eine Schlüsselfunktion, die weit über die parlamentarische Vertretung rechter Positionen hinausgeht:

- Die Vertreter*innen der AfD nutzen ihre öffentliche Reichweite, um extrem rechte Positionen zu verbreiten. Sie drängen andere Politiker*innen nach rechts und sie provozieren mit gezielten Tabubrüchen .
- Gleichzeitig gibt die Partei sich einen konservativ bürgerlichen Anstrich. Zum Einen relativieren Vertreter*innen ihre Aussagen nachträglich.² Zum Anderen gibt es andere Funktionär*innen der Partei, die keine derart radikale rassistische Äußerungen tätigen. Sie bauen die Illusion auf, es handle sich nur um Ausrutscher oder persönliche Meinungen, ohne

¹ Vgl. z.B. Badura, Leander F.: „Ein Magazin für reiche Radikale“, In: Der Freitag vom 14.9.2017; <https://www.freitag.de/autoren/lfb/ein-magazin-fuer-reiche-radikale> , Abruf: 2.10.2018.

² Vgl. zu dieser Strategie bereits vom Mai 2016: Steffen, Tilman: „Provozieren, relativieren, dementieren“, online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-05/afd-jerome-boateng-alexander-gauland-frauke-petry-medien-bjoern-hoecke>, Abruf: 2.10.2018.

Wir widersetzen uns der Normalisierung der extremen Rechten!

sich in aller Deutlichkeit gegen die extrem rechten Äußerungen zu stellen.³ Sie verschleiern damit, dass die extrem rechten Positionen überaus machtvoll in der Partei sind. Damit geben die angeblich gemäßigten Funktionär*innen der Partei einen bürgerlichen Anstrich, und tragen in besonderer Weise dazu bei, dass die extrem rechten Ansichten salonfähig werden und wirkungsvoll sind.

- Im Hintergrund verhilft die Partei Mitgliedern extrem rechter Organisationen (z.B. der sogenannten Identitären Bewegung) zu Jobs, beispielsweise über ihre Mitarbeiter*innen-Stellen der Bundestagsfraktion.⁴ Dadurch werden nicht nur Rechtsextreme über öffentliche Gelder bezahlt. Sie haben gleichzeitig einflussreiche Posten im politischen Berlin, und können damit Kontakte und Netzwerke aufbauen. Eine besondere Gefahr kann hier die mögliche öffentliche Finanzierung einer parteinahen Stiftung darstellen, zu deren Konzeption extrem rechte Vordenker sich bereits länger Gedanken machen.⁵

Die Funktionär*innen der Partei lassen sich bereitwillig auf diese Zusammenarbeit mit der extremen Rechten ein. Strategische Vorbehalte gab es zwar noch bei der Rechtspopulistin Frauke Petry, die jedoch ihren Machtkampf gegen den völkisch-nationalistischen Flügel um Björn Höcke verlor. Seitdem ist unübersehbar, dass die Parteiführung mit extrem rechten Aussagen provoziert.⁶ Spätestens mit den Aufmärschen in Chemnitz im September 2018 wurde der Schulterchluss mit den extrem Rechten um Pegida und um Götz Kubitschek auch nicht mehr versteckt.

Damit sind nicht nur die Positionen der Partei problematisch, sondern die Partei selbst als Instrument der extremen Rechten stellt ein Problem dar.⁷ Jede öffentliche Veranstaltung, die der Partei ein Podium gibt, steht in der Gefahr, rassistischen und sexistischen Positionen zu dienen. Verschiedene Akteure der Zivilgesellschaft haben sich daher in den vergangenen Monaten von der Partei abgegrenzt. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, sagte zum Beispiel nach der Anfrage zur Verbindung von Behinderung, Inzest und Migrationshintergrund:⁸ „Es muss jedoch klipp und klar sein: Wer so agiert, wer längst überwunden geglaubte Ideologien der Ungleichwertigkeit verbreitet und Hass schürt, für den ist im Deutschland des 21. Jahrhunderts einfach kein Platz, der stellt sich außerhalb unserer Gemeinschaft und er kann kein Partner mehr sein für einen aufgeklärten Dialog. Jede öffentliche Diskussion mit Vertretern der

³ Mit einer solchen Begründung weigerte sich Volker Münz, der religionspolitische Sprecher der AfD Bundestagsfraktion auf dem Katholikentagspodium, sich zu Björn Höckes Aussagen zu positionieren. Das ist auch deshalb widersprüchlich, weil Volker Münz selbst zu den Unterschreibern des Erfurter Resolution, die von dem extrem rechten Strategen Götz Kubitschek verfasst wurde. Vgl. Fiedler, Maria (2018): „Götz Kubitschek – der Strategie der neuen Rechten“. Online unter <https://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/verleger-wie-kubitschek-den-fluegel-in-der-afd-beeinflusst/22963170-2.html>, Abruf 2.10.2018

⁴ Vgl. die umfangreiche Recherche zu den Netzwerken, in denen Mitarbeiter*innen der Bundestagsfraktion involviert sind, unter <https://www.taz.de/!5498386/>, Abruf 2.10.2018

⁵ Vgl. <https://www.zeit.de/2018/29/desiderius-erasmus-stiftung-afd-personalien/seite-2>, Abruf 2.10.2018.

⁶ z.B. Alexander Gaulands „Vogelschiss der Geschichte“

⁷ Vgl. Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Lizenzausgabe der bpb, dort insbesondere das Kapitel „Der Weg zu AfD – Die Sammlung der Kräfte“, 64-93.

⁸ Vgl. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-04/alternative-fuer-deutschland-kleine-anfrage-bundestag-behinderte-kritik>, Abruf: 2.10.2018

Wir widersetzen uns der Normalisierung der extremen Rechten!

AfD trägt zur Normalisierung der menschenverachtenden und rechtsdurchwirkten Äußerungen bei, wie sie aus Reihen der AfD immer wieder kommen.⁹ Auch Thomas Sternberg, Präsident des Zentralkomitee der Katholiken, nennt die AfD in einem Interview unmissverständlich eine „rechtsradikale Partei“.¹⁰

Daher stellen wir als CAJ Deutschland klar:

- Mit unseren Positionen und vor allem mit unserem Handeln setzen wir klare Gegenzeichen gegen die Normalisierung rassistischen, völkischen, nationalistischen, sexistischen, islamfeindlichen und antisemitischen, kurz menschenfeindlichen Denkens. Wir treten für eine Welt ein, in der alle Menschen in Würde leben können, und für ein Land, in dem unterschiedliche Menschen sich als gleichwertig begegnen. In unseren Gruppen setzen wir ein Zeichen, indem wir selbst offen für Menschen unterschiedlicher Herkunft sind, indem wir Geschlechterhierarchien überwinden, und indem wir gemeinsam für eine bessere Welt kämpfen.
- Wir widersetzen uns klug und mutig der Normalisierung extrem rechter Positionen. Dafür analysieren wir, welche Strategien hinter den Handlungsmustern ihrer Akteure liegen, und arbeiten diesen Strategien entgegen. Mitglieder und Funktionäre der Partei AfD werden bei öffentlichen Veranstaltungen der CAJ weder als Referent*innen, noch als Podiumsteilnehmer*innen eingeladen. Der CAJ-interne Dialog und die kritische Auseinandersetzung mit dem Programm der AfD und den Mitgliedern ist weiterhin notwendig. Gute Vor- und Nachbereitung ist dabei unabdingbar. In unseren Äußerungen achten wir darauf, die AfD nicht als normale Partei neben den anderen Parteien darzustellen, sondern als einen Akteur, der die Normalisierung rassistischer, extrem rechter Positionen betreibt. Wir dürfen die AfD sowie andere extrem rechte Gruppierungen nicht ignorieren, sondern müssen uns dort, wo unsere grundlegenden Werte in Frage gestellt werden, dem widersetzen.
- Die Unterstützung extrem rechter Ideologie in Wort oder Tat widerspricht den Grundsätzen, Zielen und Beschlüssen der CAJ. Eine Mitgliedschaft in der AfD unterstützt, unabhängig von den persönlichen Äußerungen der Person, die Partei und damit die Normalisierung extrem rechter Positionen. Daher stellt eine Mitgliedschaft in der AfD einen Verstoß gegen die Ziele und Zwecke der CAJ Deutschland und ihrer Diözesanverbände und Bundesaktionsgruppen dar.
- Aus unserer Sicht widerspricht die Förderung extrem rechten Gedankenguts nicht nur den CAJ-Grundsätzen, sondern der christlichen Überzeugung der Gotteskindschaft jedes Menschen überhaupt. Daher sind sämtliche kirchlichen Akteure dazu aufgerufen, den Akteuren der extrem rechten Normalisierung entgegenzuwirken. Wir engagieren uns daher in den kirchlichen Gremien dafür, dass auch andere kirchliche Akteure AfD-Funktionär*innen kein Podium zur Verfügung stellen.

⁹ <http://www.itpol.de/?p=2984>, Abruf: 2.10.2018

¹⁰ <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/1520017/katholikenkomitee-afd-ist-rechtsradikal>, Abruf: 2.10.2018